

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Marion Seib, Alexander Dobrindt, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Jörg Tauss, Willi Brase, Ulla Burchardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/11883 –

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausbauen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Barth, Cornelia Pieper, Patrick Meinhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/11880 –

Entwicklungschancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Dr. Kirsten Tackmann, Cornelia Hirsch, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/10592 –

Perspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau öffnen – Karrierewege absichern – Gleichstellung durchsetzen – Selbständigkeit fördern

4. zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), Krista Sager, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9104 –

**Wissenschaft als Beruf attraktiver machen –
Den wissenschaftlichen Nachwuchs besser unterstützen**

A. Problem

Zu Nummer 1

Um den steigenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften zu befriedigen und die Innovationsfähigkeit und den Wohlstand des Wirtschaftsstandortes Deutschland aufrechtzuerhalten, ist eine engagierte Nachwuchsförderung notwendig, die in Deutschland und innerhalb des neuen europäischen Hochschul- und Forschungsraumes stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für junge Forscherinnen und Forscher schafft. Dazu gehören die attraktive Vergütung des wissenschaftlichen Nachwuchses, gute Arbeits- und Lebensbedingungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine verlässliche Karriereplanung und die verstärkte internationale Zusammenarbeit.

Zu Nummer 2

Die im „Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses“ dargestellte Situation der Post-Graduates entspricht nicht der Realität. Obwohl die Zahl der Promotionen im europäischen Vergleich weit über dem Durchschnitt liegt, bleibt nur ein Bruchteil der Doktoranden dem Wissenschaftssystem erhalten, da an den Hochschulen nur geringe Anreize und Perspektiven für einen Verbleib zu finden sind. Geringer Verdienst und wenig Zeit für die Forschung verstärken diesen Effekt. Mangelnde finanzielle Ausstattung und geringe Entscheidungskompetenzen tragen nicht zur internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft bei.

Zu Nummer 3

Die geringe Zahl der dauerhaften Stellen im deutschen Wissenschaftsbetrieb und deren mangelhafte finanzielle Ausstattung bieten jungen Wissenschaftlern kaum Perspektiven. Kürzungen in der Basisfinanzierung der Hochschulen verstärken den Trend zu befristeten Stellen mit bescheidenem Salär. Für den Nachwuchs bedeutet dies, ununterbrochen auf Stellensuche zu sein, für die Hochschulen den Verlust von Know-how. Die Folgen sind Verlust der Attraktivität des Wissenschaftssystems für den Nachwuchs, fehlende Identifikation mit der Forschungseinrichtung und die Abwanderung talentierter Forscher in die Wirtschaft oder ins Ausland. Für Wissenschaftlerinnen stellt die Struktur der deutschen Forschungslandschaft ein besonders großes Problem dar.

Zu Nummer 4

Die Nachwuchsförderung in der deutschen Wissenschaft muss verbessert werden, damit das deutsche Forschungssystem im globalen Wettbewerb Schritt halten kann. Die Karriereplanung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten sich schwierig. Die mangelnde internationale Ausrichtung der Hochschulen und der ungenügende Austausch zwischen öffentlich und privat finanzierter Wissenschaft und Forschung schränken die Mobilität ein. Frauen und körperlich Beeinträchtigte werden noch immer benachteiligt. Die Möglichkeit, innerhalb des hochgradig hierarchisierten Hochschulsystems zu wechseln, ist ungenügend. Schon bestehende Strukturen zur Nachwuchsförderung wie etwa die Juniorprofessur oder die Promotionsprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) sind nicht ausreichend, sondern müssen durch weitere Programme ergänzt werden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auszubauen und ihm insbesondere innerhalb der bestehenden Förderstrukturen wie Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung bessere Perspektiven zu geben. Die Mobilität innerhalb des europäischen

Arbeitsmarktes soll erhöht, gleichzeitig sollen die Attraktivität des deutschen Wissenschaftssystems gestärkt und auf eine Gleichstellung der Geschlechter und Unterstützung Benachteiligter hingewirkt werden.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/11883 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen der Weiterqualifizierung und die Arbeit des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern. Das deutsche Wissenschaftssystem soll durch verbesserte Kooperationsmöglichkeiten und einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag gestärkt werden. Höhere finanzielle Leistungen und Stipendien sollen sicherstellen, dass Promovierende nicht durch Nebenerwerbstätigkeiten von der Forschung abgehalten werden. Bürokratische Hürden gegen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis qualifizierter ausländischer Wissenschaftler in Deutschland sind abzubauen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11880 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 3

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den Ländern im Rahmen des Hochschulpaktes II mehr Stellen für Nachwuchswissenschaftler zu schaffen und den Hochschulen zumindest die grundlegenden Mittel für einen angemessenen Forschungs- und Lehrbetrieb zu gewähren. Darüber hinaus müssen hochschulspezifische Tarifverträge geschaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert sowie Programme der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Nachwuchsförderung ausgeweitet werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10592 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 4

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern die finanziellen und strukturellen Promotionsbedingungen an den Universitäten zu stärken. Besonders die Juniorprofessur muss mit konkreter Perspektive ausgestattet und die Transparenz der universitären Berufungs- und Ausgestaltungsverfahren muss erhöht werden. Die Durchlässigkeit zwischen den Forschungseinrichtungen muss verbessert werden. Feste Quotenregelungen bezüglich des Frauenanteils sind festzulegen. Der ungehinderte internationale Austausch muss gefördert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verfolgt werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9104 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11883;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/11880;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/10592;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/9104.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/11883 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/11880 abzulehnen;
3. den Antrag auf Drucksache 16/10592 abzulehnen;
4. den Antrag auf Drucksache 16/9104 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Marion Seib
Berichterstatlerin

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Uwe Barth
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatlerin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marion Seib, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Uwe Barth, Dr. Petra Sitte und Kai Gehring

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/11883** in seiner 205. Sitzung am 12. Februar 2009 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/11880** ebenfalls in seiner 205. Sitzung am 12. Februar 2009 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung überwiesen. Der Antrag wurde an keinen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 3

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/10592** in seiner 183. Sitzung am 16. Oktober 2008 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 4

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9104** in seiner 179. Sitzung am 25. September 2008 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** erklären, dass Deutschland einen hervorragenden wissenschaftlichen Nachwuchs und einen stabilen Rahmen für die Qualifizierung und Karriereplanung der deutschen Forschungselite zur Sicherung von Innovationsbereitschaft und Wohlstand brauche. Junge Forscher sollten mit Hilfe der Nachwuchsförderung ihre Potenziale besser entfalten und ihre Chancen innerhalb der deutschen Forschungslandschaft besser nutzen können. Die Juniorprofessur sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Gefördert werden müssten darüber hinaus internationale Mobilität, Kooperation und Netzwerkbildung. Die Bedin-

gungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs im deutschen Hochschulsystem müssten hinsichtlich ihrer finanziellen Vergütung und der Arbeits- und Lebensbedingungen bzw. Karriereplanung international wettbewerbsfähig sein. Der Doktorandenausbildung werde eine große Bedeutung beigemessen. Die im europäischen Vergleich weit über Durchschnitt liegende Zahl der Promotionen müsse ausgebaut und die Vielfalt der Promotionsmöglichkeiten erhalten werden.

Der Deutsche Bundestag begrüße bereits durchgeführte Maßnahmen wie die Steigerung des Stellenangebotes und die Erhöhung der Studierendenzahlen sowie die Begabtenförderung im Rahmen des Hochschulpaktes und der Exzellenzinitiative. Er befürworte außerdem die Erhöhung der Promotionsstipendien und die Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- gegenüber den Ländern auf eine Ausweitung der Tenure-Track-Professuren hinzuwirken,
- bestehende Hürden auf europäischer Ebene weiter abzubauen, um eine größere geographische und sektorale Mobilität zu erzielen u. a. durch die Umsetzung der Europäischen Charta für Forscher und eine stärkere Einbeziehung der Wirtschaft,
- die Plattform KISSWiN weiter auszubauen,
- gemeinsam mit den Ländern eine Verbesserung der Lehrqualität zu betreiben,
- eine Verlängerung des Paktes für Forschung und Innovation, der Exzellenzinitiative und des Hochschulpaktes durchzusetzen und die Förderung besonders des weiblichen Nachwuchses zu unterstützen,
- die Länder zu einer stärkeren Förderung und Betreuung von Promotionsvorhaben zu drängen,
- die Wirtschaft im Sinne stärkerer Durchlässigkeit zu mehr Aus- und Weiterbildungsplätzen für Forscher zu bewegen,
- auch zu einem späteren Zeitpunkt im Berufsleben den Wechsel in die Forschung zu ermöglichen,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu fördern und auf die Optimierung der Bedingungen für benachteiligte Nachwuchswissenschaftler hinzuwirken und
- einmal pro Legislaturperiode einen Bericht über die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses vorzulegen.

Zu Nummer 2

Die **Fraktion der FDP** äußert sich positiv über die Darstellung der Situation von Jungforschern nach ihrem ersten Studienabschluss im „Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“. Sie kritisiert aber den Mangel an Schlussfolgerungen, welche die Bundesregierung daraus zöge. Der Bericht zeichne oberflächlich ein vorteilhaftes Bild, offenbare aber bei genauerer Untersuchung bekannte Defizi-

te, deren Lösung durch die Vorschläge der Bundesregierung eher unwahrscheinlich sei.

Trotz der weit über dem EU-Durchschnitt liegenden Zahl der Promotionen in Deutschland bleibe hierzulande nur ein kleiner Teil der Promovierten dem Wissenschaftssystem erhalten, was nicht nur an mangelnden Perspektiven innerhalb der Forschung, sondern auch an attraktiveren Optionen außerhalb der Forschung liege. Denn obwohl 72 Prozent der Studierenden mit dem Studienangebot zufrieden seien, planten nur drei Prozent eine Karriere an einer Hochschule. Deshalb müssten Promovierende stärker in Forschung und Lehre eingebunden und mittels Graduiertenkollegs eine bessere Betreuung ermöglicht werden. Auf dem klassischen Weg zur Promotion als Mitarbeiter an einem Lehrstuhl oder über Drittmittelprojekte erlaube hingegen ein enger Zeitplan nur eine eingeschränkte Arbeit an der Dissertation.

Darüber hinaus sei die Eigenverantwortung der Wissenschaftler und wissenschaftlichen Einrichtungen unzureichend. Hier sei es gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern, das Wissenschaftssystem im Rahmen bereits vorhandener Strukturen zu stärken.

Des Weiteren seien über die finanziellen Anreize hinaus die rechtlichen Bedingungen auf eine forschungsfreundliche und vor allem international konkurrenzfähige Forschungslandschaft mit Hilfe eines Wissenschaftsfreiheitsgesetz auszurichten.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung daher auf,

- die Eigenverantwortung der Wissenschaftler sowie die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschulen, anderen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft zu stärken,
- mittels eines Wissenschaftstarifvertrages jungen Forschern attraktive finanzielle Bedingungen zu bieten,
- auf der Basis des Exzellenzprogramms und Hochschulpakts den wissenschaftlichen Nachwuchs schon während des Studiums stärker zu betreuen und zu binden,
- Promovierenden an Graduiertenkollegs besseren Zugang zu Stipendien zu verschaffen und bei qualifizierten Promotionsvorhaben sicherzustellen, dass kein forschungsfremder Gelderwerb notwendig sei,
- ausländischen Wissenschaftlern und deren Familien keine Steine in den Weg zu legen, in Deutschland zu leben und zu arbeiten,
- familienfreundlichere Strukturen an den Hochschulen zu schaffen und
- neue Perspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau zu schaffen, um von dessen Expertise weiterhin profitieren zu können.

Zu Nummer 3

Die **Fraktion DIE LINKE.** erachtet die Diskussion über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als eine Debatte über den wissenschaftlichen Mittelbau in Deutschland, der unabhängig vom Alter alle Wissenschaftler ohne Professur umfasse. Dieser sei die tragende Säule des deutschen Wissenschaftsbetriebs, da nur ein Fünftel aller Hochschullehrerstellen dauerhaft seien. Da es zu wenig ausfinanzierte Stellen für die Qualifizierungsphase und kaum dauer-

hafte Stellen für die Zeit danach gebe, sei die Perspektivlosigkeit für junge Wissenschaftler nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.

Da aufgrund von Einsparungen häufig nur noch halbe und befristete Stellen vergeben und mit Drittmitteln aufgepolstert würden, sei der wissenschaftliche Nachwuchs unablässig auf Stellensuche, ohne die Möglichkeit zur Lebensplanung zu haben. Für die Hochschule bedeute dies den ständigen Verlust von Know-how. Das 2007 beschlossene Wissenschaftszeitvertragsgesetz erreiche in diesem Zusammenhang nur einen Aufschub des Problems, das sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen für Hoch- und Höchstqualifizierte niederschläge. Auch dass 2006 schon ein Fünftel der Hochschulbeschäftigten – und die Hälfte aller Doktoranden – aus Drittmitteln finanziert worden seien, widerspreche dem Slogan der Bundesregierung, dass gute Bildung vor schlechten Beschäftigungsverhältnissen schütze. All das verringere die Attraktivität des Forschungssystems für den kompetenten Nachwuchs. Das Regierungsziel eines starken Forschungssystems als Basis einer wissensbasierten Ökonomie werde so konterkariert. Die Identifikation der Wissenschaftler mit der Forschungseinrichtung gelinge nicht, und die Ausrichtung der Forschung an den Wünschen der Drittmittelgeber und kurzfristigen haushaltspolitischen Zielen und nicht wissenschaftlichen Kriterien wirkten der Wissenschaftsfreiheit entgegen. Dies führe dazu, dass ein großer Teil der Forschenden ins Ausland ströme.

Auch Stipendien seien keine Alternative zu einem festen Arbeitsverhältnis, da keine Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt würden. Der einzige zu einer dauerhaften Stelle im Hochschulsystem führende Weg sei der zur Professur, die aber nur ein Fünftel aller wissenschaftlichen Stellen ausmache. Derweil würden an Universitäten zehn Prozent, an Fachhochschulen fünfzig Prozent der Lehrleistungen von Lehrbeauftragten erbracht, die bei schmalem Salär auf eine der raren Professuren warteten. Die Einrichtung eines Tenure Tracks würde diese Situation entspannen helfen. Wenig attraktiv wirkten auch die mangelnde Betreuung und die fehlenden Möglichkeiten zur Selbständigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Um einen gleichberechtigten Zugang zu wissenschaftlichen Stellen zu gewährleisten, sollten zur Bewertung beispielsweise Double-Blind-Verfahren eingeführt werden, denn während noch 40 Prozent der Promovierten Frauen seien, stellten sie nur 20 Prozent der Neuberufungen. Dass diese Probleme noch nicht bei allen angekommen seien, zeigten Diskussionen über höhere Gehälter bei Spitzenkräften, für deren Bewertung keinerlei Kriterien herangezogen würden. Hier gingen die hohen Gehälter von Wenigen zu Lasten vieler. Auch hochschulnahe Kinderbetreuung oder Dual Career sollten allgemein zugänglich sein.

Die Fraktion **DIE LINKE.** fordert die Bundesregierung daher auf,

- Stellen für Promovierende und Post-Docs im Rahmen des Hochschulpaktes II auszuweiten und damit eine bessere Integration zu ermöglichen und gleichzeitig auf mehr Gleichstellung hinzuwirken,
- zusammen mit den Ländern den Hochschulen ausreichend Mittel für eine angemessene Erfüllung ihrer Aufgaben bereitzustellen,

- Wissenschaftlern auch neben der Professur attraktive Karrierewege aufzuzeigen,
- spezifische Tarifvereinbarungen zu treffen, um die soziale Absicherung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und angemessene Vergütungen für Lehrbeauftragte und Privatdozenten sicherzustellen,
- die Einheit von Forschung und Lehre beizubehalten und keine reinen Lehrdozenturen einzurichten,
- die Juniorprofessuren weiterzuentwickeln und den Tenure Track fest in den Hochschulgesetzen zu verankern,
- die Einrichtung von Graduiertenkollegs an Hochschulen zu unterstützen,
- die Programme für Nachwuchswissenschaftler im Rahmen der DFG-Förderung deutlich auszubauen und speziell für den Mittelbau entwickelte Förderformen einzuführen,
- die Europäische Charta für Forscher zu unterstützen und in diesem Rahmen besonders den Nachwuchs zu stärken und
- die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu erleichtern.

Zu Nummer 4

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** klagt über die mangelhafte Attraktivität des deutschen Forschungssystems. Trotz des steigenden Bedarfs an Wissenschaftlern sei die deutsche Hochschullandschaft nicht offen, flexibel und qualitätsorientiert genug, um junge Talente anzuziehen. Deshalb müssten verlässliche Perspektiven aufgezeigt und stabile Rahmenbedingungen für Beruf und Familie geschaffen werden. Der Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zeige folgende zentralen Defizite auf:

- fehlende Planbarkeit der Karriere,
- Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen,
- hinsichtlich der Nachwuchsförderung nur mangelnde Abstimmung zwischen den einzelnen Akteuren,
- kaum internationale Ausrichtung und daher wenig Mobilität,
- geringer Austausch zwischen öffentlich und privat finanzierter Forschung.

Darüber hinaus sei das deutsche Wissenschaftssystem zu stark hierarchisch aufgebaut. Besonders für Studierende aus dem Ausland wirke diese Struktur abschreckend.

Obwohl die Juniorprofessur ein richtiger Schritt gewesen sei, fehlten unterhalb dieser Ebene Karriereperspektiven, was sich besonders im Mangel an unbefristeten Stellen ausdrücke. Innerhalb der letzten Jahre seien befristete Stellen zum Regelfall geworden, wodurch Rechtsunsicherheit entstehe und die Schaffung eines stabilen Rahmens sowohl für Wissenschaftler als auch Institutionen unumgänglich sei. Von der Chancengleichheit für Frauen und körperlich Benachteiligte sei man noch immer weit entfernt.

Ebenso sei die Nachwuchsförderung nicht nachhaltig genug, denn obwohl die DFG und der DAAD die Promotionsförderung ausgeweitet hätten, läge die Unterstützung der Post-Docs nicht in ihrer Hand. Zudem seien die Mittel für Promo-

tionsstellen an den Hochschulen in den vergangenen Jahren stark zusammengestrichen worden. Auch der Übergang über verschiedene Schwellen – etwa vom Masterabschluss zur Promotion – müsse einfacher werden.

Die mangelnde internationale Ausrichtung der Hochschulen und die damit einher gehende geringe Mobilität ließe sich auch durch die Exzellenzinitiative nicht beseitigen. Die Lösung liege eher in konkurrenzfähiger Vergütung und der Anrechenbarkeit von Sozialleistungen, um so einem europäischen Forschungsraum einen Schritt näher zu kommen. Geschlechtergleichstellung und eine familienfreundliche Politik müssten als Standortvorteil begriffen werden. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung sähen hier nur eine individuelle Karriereförderung von Frauen vor, ohne strukturelle Änderungen in den Blick zu nehmen.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordert die Bundesregierung deshalb auf,

- das Promotionsrecht der Hochschulen durch die Schaffung von Promotionsstellen und Graduiertenkollegs sowie die Ausweitung von Stipendien finanziell und strukturell angemessen zu unterfüttern,
- gemeinsame Teams zur Promotionsbetreuung an Universitäten und Fachhochschulen einzurichten um die Kooperation zu stärken,
- Juniorprofessuren und Nachwuchsgruppen zu unterstützen, um die Abhängigkeit von Jungwissenschaftlern innerhalb der Hochschulhierarchie zu verringern,
- Habilitationsvorhaben größere Unabhängigkeit zu gewähren,
- klare Planungsperspektiven für die Juniorprofessur zu schaffen und entsprechend des Tenure Track langfristige Planung und transparente Entscheidungsmechanismen einzuführen,
- die Bedingungen für die Erteilung der Lehrbefugnis zu überprüfen und eine bundeseinheitliche Lehrvergütung zu vereinbaren,
- die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Forschungstätigkeiten zu erhöhen und Altersgrenzen zu streichen,
- die Auswirkungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auf das Hochschulpersonal zu überprüfen sowie dessen Tarifsperre aufzuheben,
- einen Wissenschaftstarif einzuführen, um die Vergleichbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Mobilität innerhalb Deutschlands zu steigern,
- die Transparenz und demokratische Kontrolle in Berufungs- und Ausgestaltungsverfahren zu erhöhen,
- die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen und Quotenregelungen einzuführen,
- den internationalen Austausch des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu erhöhen,
- die Familienfreundlichkeit von Forschungseinrichtungen bspw. durch Kinderbetreuung, Arbeitszeitkonten oder Dual-Career-Programmen zu erhöhen,
- Kinder und Jugendliche früher für die Forschung zu interessieren und

- sich auch auf europäischer Ebene für bessere Forschungsbedingungen einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Innenausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/11883 anzunehmen.

Der mitberatende **Finanzausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Annahme des Antrags empfohlen.

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Zu Nummer 2

Der Antrag wurde an keinen mitberatenden Ausschuss überwiesen.

Zu Nummer 3

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/10592 abzulehnen.

Zu Nummer 4

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9104 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat zu den Vorlagen am 2. März 2009 eine öffentliche Anhörung mit dem Titel „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ mit folgenden Sachverständigen durchgeführt:

Dr. Barbara Bludau
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

Dr. Andreas Keller
GEW-Hauptvorstand

Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V.

Prof. Dr. Reinhardt Kreckel
Vertreter der Autoren Bundesbericht

Dr. Marianne Kriszio
Bundeskonzferenz der Frauenbeauftragten

StS Dr. Josef Lange
Kultusministerkonferenz

Prof. Dr. Kurosch Rezwan
Deutsche Gesellschaft Juniorprofessur e. V.

Prof. Dr. Helmut Schwarz
Alexander von Humboldt-Stiftung

Prof. Dr. Margret Wintermantel
Hochschulrektorenkonferenz.

Die Ergebnisse der Anhörung sind in die Beratung der Vorlagen in der 89. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 17. Juni 2009 eingeflossen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/11883 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP;

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11880 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10592 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

Zu Nummer 4

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9104 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird ausgeführt, dass der Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vom Februar 2008 die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland zum ersten Mal thematisiert habe. Er habe gezeigt, dass die Hochschulstatistik ausgebaut und die Hochschulforschung forciert werden müssten.

Der Bericht bestätige das umfangreiche Spektrum der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland, zeige aber auch einen Nachholbedarf auf.

Die Reformen bezögen sich auf fünf Bereiche: Die frühe Karriereperspektive und Planbarkeit – auch für chronisch

Kranke und Behinderte, die Chancengerechtigkeit für Frauen, nachhaltige Effekte von Fördermaßnahmen, Internationalisierung und Karriereentwicklung inner- und außerhalb von Wissenschaft und Forschung.

Die Karriereentwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU als Schiene für eine erfolgreiche Laufbahn gestaltet werden, so dass nicht mehr nach dem System „hire and fire“ gehandelt werde.

Nachwuchswissenschaftler aus der ganzen Welt müssten dauerhaft für den Wissenschaftsstandort Deutschland gewonnen werden. Hierfür gebe es seit einem halben Jahr das KISSWiN-Programm für ausländische Wissenschaftler.

Die Fraktion der CDU/CSU hebt hervor, dass die Promotionsphase klarer strukturiert werden müsse. Mehr Selbstständigkeit der Doktoranden sollte auch zu einer gezielten Qualifizierung außerhalb der Wissenschaft führen. Gerade diese Wechselwirkungen seien besonders wichtig. Der Koalitionsantrag unterstreiche die Erfordernisse des Bundesberichtes und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Gemeinsam müssten Tenure-Track-Stellen als zentrales Instrument im internationalen Wettbewerb gestärkt werden.

Die Bundesregierung müsse auch gemeinsam mit den Ländern die Lehrqualität verbessern und die Nachwuchsförderung im Rahmen der Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation, der Exzellenzinitiative sowie des Hochschulpaktes nachhaltig stärken.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses habe durch die Förderlinie „Graduiertenschulen“ und die Exzellenzinitiative einen hohen Stellenwert bekommen. Am 4. Juni seien der Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt verabschiedet worden. Der nächste Bundesbericht werde unter diesem Einfluss stehen.

Die Fraktion der CDU/CSU nimmt zu den vorliegenden Anträgen Stellung: Der Antrag der Fraktion der FDP fordere von den Ländern, durch den Hochschulpakt verbindlich die Karrierechancen zu fördern. Dies lehne man ab, da diese Kompetenz allein den Ländern zukäme. Die Forderung einer engen Verwendung von Programmpauschalen durch die Hochschulen lehne man ebenfalls ab.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. beachte die jeweiligen Zuständigkeiten der Länder und Tarifpartner nicht.

Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Verpflichtungen seien nicht zielführend. Die Fraktion der CDU/CSU setze auf die Selbstbindung der jeweiligen Parteien, denn nur im Wettbewerb und nicht durch eine Verpflichtung könnten die besten Ergebnisse erzielt werden.

Die **Fraktion der SPD** geht auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein, der auf den Vorlauf der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Frauenförderung hingewiesen habe. Diese Bemerkung sei aus Sicht der Fraktion der SPD erfreulich, da damit die Arbeit der rot-grünen Bundesregierung gewürdigt werde. Diese erfolgreiche Vorarbeit sei in der Großen Koalition weitergeführt worden.

Es wird hervorgehoben, dass die Juniorprofessur im Kern von keiner Seite mehr angezweifelt werde, und auch in der Notwendigkeit des Tenure Track, der auf die Juniorprofessuren aufbaue, große Übereinstimmung herrsche, wie aus allen Anträgen hervorgehe. Juniorprofessur und Tenure Track seien geeignete Instrumente, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu binden und Forschungs- und Qualitätssicherung zu garantieren.

Die Fraktion der SPD spricht das Thema „Promotionen“ an. Es gebe verschiedene Wege, eine Ausweitung von Promotionen zu erreichen, etwa über Promotionsstellen oder die Unterstützung von Graduiertenkollegs. Man wolle in die Debatte die Frage einbringen, inwieweit die soziale Absicherung der Doktoranden im Detail erreicht werden könnte, da viele in der Promotion in sehr unsicheren Sozialverhältnissen leben und arbeiten müssten. Wolle man den hohen Stand der Promotionen auch im internationalen Vergleich in Deutschland halten, müsse man konzeptionell und strukturell eine Neubewertung dieser dritten Phase ins Auge fassen. Hier gehe es darum, ob man sie nur in den Berufsbereich oder auch in einen neuen Betrachtungszusammenhang einbringen müsse, der dann nicht nur das Studium umfasse, sondern eine Strukturierung des freien Sektors beinhalte.

Die Fraktion der SPD bezieht sich lobend auf die vorherige Berichterstattung der Fraktion der CDU/CSU, die die Notwendigkeit der Einbeziehung behinderter, wissenschaftlich hochleistungsfähiger Menschen hervorgehoben habe. Es sei nicht nur aus Gründen der Menschenrechte und der Humanität geboten, sondern es sei eine gute Investition, diesbezügliche Förderprogramme an den Hochschulen aufzulegen.

In diesem Zusammenhang wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefragt, ob nicht die beträchtlichen Mittel, die im Konjunkturpaket für die Hochschulen freigemacht worden seien, zum Teil auch ausdrücklich für die Nutzung der Barrierefreiheit eingesetzt werden sollten.

Was die Berufung von Frauen angehe, könne sich die Fraktion der SPD auch eine Quote vorstellen. Es stelle sich jedoch die Frage, wie lange man sich Zeit lassen wolle, um den Stand von Norwegen oder Schweden zu erreichen. Man werde ausdrücklich dafür, auch die Spitzenpositionen in der Wissenschaft mittels einer vernünftigen Quotierung zu besetzen, weil dadurch ein Ausstrahlungseffekt erreicht werden könne. Es werde bezweifelt, dass eine Selbstbindung ausreiche.

Die Fraktion der SPD spricht die im Bericht und in den Anträgen thematisierten Monitoring-Systeme an. Diese alleine reichten nicht aus, sondern müssten um Hochschulforschung ergänzt werden, die sowohl die Lehre als auch das Hochschulmanagement umfassen sollte.

Aufgrund der zeitlichen Distanz zwischen den Anträgen und der abgeschlossenen großen Trias am 4. Juni 2009 werde die Opposition mit Recht fragen, inwieweit die Vorschläge zu diesem Datum von Bund und Ländern verhandelt und aufgenommen wurden. An dieser Stelle habe man sich gewünscht, dass im Detail mehr vereinbart worden wäre als eine eher allgemeine Leitsetzung. Für eine Nachverhandlung sei es allerdings zu früh. Das Ziel bleibe mehr Verbindlichkeit auch im Detail.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird ausgeführt aus, dass zwölf Prozent der Hochschulabsolventen promovierten. Entscheidend sei aber der im Studenten-Survey ermittelte Wert

von knapp drei Prozent der Studenten, die sich vorstellen könnten, an einer Universität zu bleiben. Dieser Wert liege auch innerhalb des OECD-Durchschnitts und stelle den heute zu behandelnden wissenschaftlichen Nachwuchs dar.

Es wird darauf hingewiesen, dass einerseits die Rahmenbedingungen, auch auf Grund der Bund-Länder-Programme, so gut wie nie zuvor seien, andererseits sei aber die Verunsicherung auf Grund der Probleme mit den Anstellungsverhältnissen sehr groß.

Bezüglich des Tenure Tracks wird erklärt, dass es sich hierbei um einen mehrfach evaluierten Weg einer unbefristeten Beschäftigung handele. Das wesentliche Problem sei das deutsche Streben nach Sicherheit bei einer gleichzeitigen Angst vor dem Wettbewerb und der Dynamik. In Amerika stelle sich dieses Problem nicht.

Auch in Deutschland müsse dem wissenschaftlichen Nachwuchs nach Meinung der Fraktion der FDP eine Perspektive im Rahmen des Tenure Track geboten werden. Dazu könnten auch Drittmittel verwendet werden. Es sollten unbefristete aber nicht unkündbare Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Auch alle anderen Doktoranden hätten diese Arbeitsbedingungen auf dem freien Markt.

Das Hausberufungsverbot werte man als eine Hürde. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene müsse dies überdacht werden.

Die Darstellung der Zukunft der Wissenschaftler in Deutschland durch die Max-Planck-Gesellschaft habe die Fraktion der FDP beunruhigt. Danach gingen zu viele deutsche Doktoranden ins Ausland. Gleichzeitig würden nicht genügend Wissenschaftler nach Deutschland kommen. In fünf Jahren könne es einen Bedarf von 300 000 bis 400 000 Akademikern und 100 000 Ingenieuren in Deutschland geben. Die Max-Planck-Gesellschaft selbst drohe bei einer ungehindernten Entwicklung um 25 Prozent zu schrumpfen.

Der Antrag der Fraktion der FDP fordere, dass sowohl der Bund als auch die Länder jeweils die Verantwortung hierfür übernehmen sollten. Die Forderung, dass der Bund den Ländern feste Vorgaben machen würde, ergebe sich hieraus aber nicht. Es wird betont, dass die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Universitäten, außeruniversitären Einrichtungen und der Wirtschaft gestärkt werden müssten. Auch ein eigenständiger Wissenschaftstarifvertrag wird als notwendig erachtet.

Es wird erklärt, dass die Fraktion der FDP sich zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen enthalten und die Anträge der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führt aus, dass die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland schon seit sehr langer Zeit dem eigentlich Gewünschten hinterherhinke. Heute gebe es Karrierechancen für sehr wenige und Karrieresackgassen für sehr viele. Einerseits würden die notwendigen Professorenstellen an den Universitäten durch Haushaltseinsparungen immer weniger, andererseits empfinden die jungen Wissenschaftler aber ihre Situation als privilegiert, da sie in dem Bereich arbeiteten, der sie interessiere.

Die Politik müsse die vorhandenen Probleme angehen. Zum Beispiel seien 80 Prozent aller Verträge in der deutschen Wissenschaft befristet. In Großbritannien seien zwei Drittel aller

Stellen unbefristet, in Frankreich drei Viertel und selbst in den USA 50 Prozent.

Bei entsprechenden qualitativen Voraussetzungen der Wissenschaftler müsse es Sicherheiten in Bezug auf deren Arbeitsplatz geben. Der stetige Verweis auf Drittmittel reiche als Lösung aber nicht aus. Im Hinblick auf die krisenhafte Situation müsse bedacht werden, dass es im nächsten Jahr einen Ausfall der Einnahmen von circa 1,6 Mrd. Euro geben könnte.

Die Fraktion DIE LINKE. moniert eine Entwicklung, auf die sie während einer Konferenz der Technischen Universität Berlin aufmerksam geworden sei. Inzwischen gebe es bereits Wochenverträge für Drittmittelbeschäftigte. Solche Entwicklungen müssten verhindert werden.

Zur Qualität der Lehre wird ausgeführt, dass der Bologna-Prozess eine erhöhte Lehrverpflichtung und weitere Anforderungen an den wissenschaftlichen Nachwuchs stelle. Die Qualifizierungsmaßnahmen würden sich für den Einzelnen reduzieren.

Zur Föderalismusreform wird erklärt, dass auf Länderebene immer mehr Hochschulgesetze erlassen würden. Vor diesem Hintergrund müssten – abgestimmt mit den Ländern – verbindlichere Perspektiven geschaffen werden. Zumindest bezüglich der Wissenschaftsorganisationen sei der Bund auch Tarifpartner. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz müsse überarbeitet werden, und vor diesem Hintergrund müsse es einen abgestimmten und flächendeckenden Wissenschaftstarifvertrag geben, der Regelungen für Privatdozenten und Lehrbeauftragte enthalte.

Bei unveränderter Weiterführung der Politik im Hinblick auf die Exzellenzinitiative würden die Basis der wissenschaftlichen Arbeit und der wissenschaftliche Nachwuchs geschwächt. Die professoralen Spitzengehälter und der Markt für Spitzenwissenschaftler würden demgegenüber ausreichend debattiert.

Gerade der Tenure Track stelle auch eine Härte für Universitäten dar, die einen Wissenschaftler über einen langen Zeitraum ausgebildet hätten. Die Universitäten würden die Wissenschaftler in aller Regel langfristig beschäftigen und nicht an andere Institute abgeben wollen.

Wenn aber die Voraussetzungen für eine Beschäftigung nicht gegeben wären, dürfe sie auch nicht zwangsläufig erfolgen. Gerade das Instrument der Juniorprofessur sei mit einer zweimaligen Evaluierung ein schwieriger Prozess.

Es wird als möglich erachtet, im Rahmen des Hochschulpaktes II verbindliche Vereinbarungen zu treffen, und der Bund müsse sich hier seine Einflussmöglichkeiten sichern. Auch für die wissenschaftliche Karriere außerhalb der Universität müsse es spezifische Weiterbildungsmöglichkeiten zum Beispiel in den Bereichen der Kompetenzvermittlung, Teamführung, IT-Wissen, Vernetzung, Gender und Lehrbefähigung geben.

Abschließend wird ausgeführt, dass ein neues Programm unter Beteiligung der Länder zur Stärkung der Juniorprofessur initiiert werden sollte. Die bekannten Projekte müssten aufgestockt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wertet den ersten Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als gute Grundlage und fordert, diesen in

Zukunft einmal pro Legislaturperiode vorzulegen. Die Schwächen der bisherigen Förderung seien im Bericht genannt worden, besonders die fehlende Planbarkeit von Karrieren, die mangelnde Gleichberechtigung von Frauen, die zu nationale Ausrichtung der Hochschulen, der geringe Austausch zwischen den Forschungsbereichen und die fehlende Durchlässigkeit. Daher stimme die Fraktion mit der Diagnose überein, dass man Wissenschaft als Beruf attraktiver gestalten und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besser unterstützen müsse. Besonders die Post-Doc-Phase bedürfe einer stärkeren Beachtung. Es müsse untersucht werden, welche Wege neben der Juniorprofessur eine planbare Karriere ermöglichen.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebe es vier Punkte, auf die sich Bund, Länder und Hochschulen konzentrieren sollten:

Der erste betreffe die Promotion. Hier müsse eine besser strukturierte Promotionsausbildung, mehr Promotionsstellen und der Ausbau von Graduiertenkollegs in Angriff genommen werden. Damit könne eine bessere Anbindung der Promovierenden an die Hochschulen und Forschungseinrichtungen erreicht werden. Gleichzeitig sei auch eine Erhöhung der Stipendien wichtig. Die inzwischen weniger umstrittene Juniorprofessur müsse ausgeweitet werden, um die Planbarkeit der Karriere zu erhöhen. Klare Bedingungen, die etwa durch die Einführung des Tenure Track geschaffen würden, wären dazu erforderlich und geeignet. Dies sei aber Aufgabe der Länder.

Sofern die Habilitation als Qualifikationsweg bestehen bleibe, sei es notwendig, in dieser Phase eine größere Selbständigkeit zu gewähren. Der heutige Beitrag der Vertreter der Leopoldina im Ausschuss habe gezeigt, wie wichtig die Frage der Frauenförderung in der Wissenschaft nach wie vor sei. Eine Selbstbindung könne nicht in einem angemessenen Zeitraum zur Angleichung des Frauenanteils führen. Ein Professorinnenprogramm der Bundesregierung sei zwar anzuerkennen, angesichts der bisherigen Zahlenverhältnisse aber trotzdem nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte hierzu ein Kaskaden-Modell vorgeschlagen, und in Bremen sei es tatsächlich zu der Festschreibung eines 40-Prozent-Ziels gekommen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ein weiterer wichtiger Punkt. Karriere und Kind dürften sich für Nachwuchswissenschaftler nicht mehr ausschließen. Die Lösungsvorschläge der Bundesregierung reichten bisher nicht aus. Die Gender-Problematik könne man allein mit dem Professorinnen-Programm nicht lösen. Das mit großen Worten angekündigte Wissenschaftsfreiheitsgesetz sei inzwischen am Finanzminister und am Kabinett gescheitert.

Dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz wiederum stehe die Fraktion ablehnend gegenüber, weil in dessen Folge die Zahl der befristeten Stellen noch einmal deutlich erhöht würde. Die Umstände erhöhten die Unsicherheit und fehlende Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere. Alle drei Oppositionsfractionen setzten sich daher für einen Wissenschaftstarifvertrag ein.

An die Bundesregierung wird die Frage gerichtet, wann die Auswertung der Evaluierung der Auswirkungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zu erwarten sei und ob dies sepa-

rat oder im Rahmen des nächsten Bundesberichts erfolgen solle.

Als Letztes wolle man den Hochschulpakt, die Exzellenz-Initiative und den Pakt für Forschung und Innovation ansprechen. Es werde die Auffassung vertreten, im Rahmen dieser Programme mehr Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu verankern und Planungssicherheit zu schaffen. Bisher würden aber mehr prekäre Stellen geschaffen, da man aufgrund der Dreijahresstückelung des Hochschulpaktes an den Universitäten und Fachhochschulen nicht die Sicherheit habe, um langfristig zu planen und Professuren einzurichten. Auch die Verbesserung der Frauenförderung und Stärkung der Juniorprofessur sei im Rahmen des Hochschulpaktes nicht gelungen. Hier müssten die Länder aber auch der Bund neue Anreize setzen. Dies sei auch für die nächste Legislaturperiode eine wichtige Aufgabe.

Die **Bundesregierung** zeigt sich erfreut über den Konsens innerhalb der Fraktionen, dass die klügsten Köpfe für eine Karriere in Wissenschaft und Forschung die besten Bedingungen bräuchten. Die Verbesserung der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses habe für die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode eine hohe Priorität gehabt.

Die Evaluierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes werde bis zum Sommer 2010 durch die Hochschul-Informationssystem GmbH erfolgen und in den kommenden Bundesbericht zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses eingehen.

Es wird auf zwei Fachtagungen vor der Vorlage des ersten Bundesberichtes zum wissenschaftlichen Nachwuchs, 2006 in Berlin und 2007 in Stuttgart, hingewiesen. Hier hätten Entscheidungsträger aus Bund und Ländern, aus Wissenschaft, Mittlerorganisationen und Forschungseinrichtungen einen Dialog über das Thema „wissenschaftlicher Nachwuchs“ geführt. Auf dieser Tagung seien Diagnosen über die Begabtenförderung, Berechenbarkeit von Karrierewegen und Mobilität gestellt worden.

Seitdem hätten deutliche Verbesserungen erreicht werden können. Der Bereich der Begabtenförderung habe um 50 Prozent aufgestockt werden können, die Promotionsstipendien hätten auf 1 050 Euro im Monat erhöht werden können.

Zur Frage der Planbarkeit der Karriere wird ausgeführt, dass die DFG im vergangenen Monat beschlossen habe, im Rahmen der Graduiertenkollegs als Alternative zu Stipendien auch volle Stellen für die Promovierenden zu schaffen.

Zur Frage der personengebundenen Förderung wird auf die DFG, das Heisenberg- und das Emmy-Noether-Programm verwiesen. Auch die selbstständigen Nachwuchsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft und die Helmholtz-Graduiertenschulen seien als systematische Einstiegsförderung erwähnenswert.

Zur Frage der Frauenförderung wird darauf verwiesen, dass durch das Professorinnenprogramm 200 neue Stellen innerhalb von fünf Jahren geschaffen worden seien. Das Kaskadenmodell sei hingegen kritisch diskutiert worden.

Die Bundesregierung weist auf die Stärkung der Internationalisierung hin. Im Rahmen der Alexander von Humboldt-Professur könnten bis zu zehn weltweit führende Wissenschaftler pro Jahr aus dem Ausland angeworben werden.

Auch der DAAD habe mit dem PhD-Net-Programm stark zur Verbesserung der Situation beigetragen.

Die Lücke, die durch ausscheidende Wissenschaftler entstehe, könne nur durch breit angelegte Aktivitäten geschlossen werden. Die großen Pakte wie der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative, die am 4. Juni verlängert worden seien, müssten weiter gestärkt werden. Allein durch die Exzellenzinitiative konnten 4 000 Personen gewonnen werden, die dem wissenschaftlichen Nachwuchs zuzurechnen seien. Bereits in der ersten Exzellenzinitiative habe es 39 geförderte Graduiertenkollegs gegeben. Diese Tendenz müsse fortgesetzt werden. Wegen der Heterogenität der Ausgangslagen dürften aber nicht zu viele steuernde Detailvorgaben gemacht werden.

Wichtig sei es, die Rolle des wissenschaftlichen Nachwuchses zu stärken, den Frauenanteil zu erhöhen und die Autonomie vor Ort zu fördern. Die eingeleiteten, untergesetzlichen Maßnahmen hätten bereits zu einer Verbesserung der Situation beigetragen.

Abschließend wird auf die Bedeutung von Transparenz und Information hingewiesen. Deshalb sei das Kommunikations- und Informationssystem KISSWiN für den wissenschaftlichen Nachwuchs mehr als nur eine Plattform, auf der man sich informieren könne.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Marion Seib
Berichterstatlerin

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Uwe Barth
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatlerin

Kai Gehring
Berichterstatter

